

STREIT UM DEN POLOPLATZ 2

hinterfragt: viele Fragen, wenig Antworten

... AN KRIEGE GEWÖHNEN? 3

von Andrea Richter, Pfarrerin in Konradshöhe

... ohne Frieden ist alles nichts!

Wir fordern NEIN zu einem Krieg gegen den Irak



Das Fest des Friedens und der Besinnung liegt nun hinter uns und das neue Jahr hat begonnen. Man stellt sich zum Jahreswechsel natürlich Fragen wie: was wird uns das Jahr 2003 bringen, bleibe ich gesund, wie sieht es mit meinem Arbeitsplatz aus, kann ich weiterhin meine Miete zahlen und wie wird es meinen Kindern ergehen? Bekommen sie noch eine ordentliche Schulausbildung, eine Lehrstelle oder überhaupt einen Job?

All diese Fragen sind normal und richtig, aber am Anfang dieses Jahres steht natürlich auch die Frage nach einem Irak-Krieg. Obwohl uns Bundeskanzler Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf, aber auch noch darüber hinaus, unmissverständlich erklärte, Deutschland werde sich an einem Krieg gegen den

Irak nicht beteiligen, wächst der Druck der US-amerikanischen Politik auf Deutschland. Selbst CDU und FDP würden es gerne sehen, wenn die Bundesregierung von ihrer damaligen Aussage abrückt. Dieses darf in keinem Fall geschehen. Das Grundgesetz (Art. 26) und der 2-plus-4-Vertrag verbieten Vorbereitung und Beteiligung an Angriffskriegen.

Wer jedoch den USA verfassungs- und völkerrechtswidrige Überflugrechte sowie uneingeschränkte Transitrechte gewährleisten will und damit zulässt, dass deutsche Soldaten in AWACS-Maschinen genaueste Daten für Kriegseinsätze liefern, wer die deutschen ABC-Panzer nicht aus Kuwait abzieht und noch die Truppen in Afghanistan verstärkt (allein die Entlastung

der USA am Golf kostete den Steuerzahler über 1 Milliarde Euro), der begeht nicht nur Wahlbetrug, nein, der beteiligt sich aktiv am Krieg!

Wir erwarten von der deutschen Bundesregierung, vom vor der Wahl ausgesprochenen »Nein« zum Irak-Krieg nicht abzuweichen. Jede Regierung, die sich an Angriffskriegen beteiligt, ob durch militärischen Beistand, logistische Hilfe oder auch »nur« durch politische Hilfe, trägt Mitschuld an den Folgen eines Krieges. Sie ist mitverantwortlich für Verletzte und Tote und nachfolgend Hunger und Elend. In unserer kommunalpolitischen Arbeit haben wir die Erfahrung gemacht, dass sowohl bundes- als auch landespolitische Entscheidungen in mehrfacher Hinsicht kommunale Belange direkt berühren.

In Deutschland werden Milliarden Euro für militärische Zwecke und Kriegsbeteiligungen ausgegeben. Dies vor dem Hintergrund, dass Geld fehlt in und für Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder und andere soziale und kulturelle Einrichtungen.

Werte Leserinnen und Leser! Wir meinen: Gerade jetzt gilt: »Stellen Sie sich vor, es ist Krieg und niemand geht hin.«

Also: Gehen Sie nicht hin, stimmen Sie nicht zu, reden Sie mit Ihren Mitmenschen und selbstverständlich gerne auch mit uns .

Klaus Rathmann, Bezirksvorsitzender

*»Es gibt in der gefallenen Welt ein Recht auf Kampf. Dieses ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Recht auf Krieg«
Dietrich Bonhoeffer*

Streit um den Poloplatz

Hinterfragt Viele Fragen - wenig Antworten, Teil II

Auch einen Monat nach Erscheinen unserer letzten Ausgabe nahm das Verwirrspiel um den Poloplatz in Frohnau an Brisanz nicht ab.

Zur Sache ging es u. a. in der Dezember-Sitzung der Bürgerinitiative (BI). Eingeladen waren Vertreter der Parteien in der BVV und Stadtrat Dr. Wegener, der jedoch nicht erschien. Die Mitglieder der BI versuchten Licht in das Dunkel des Poloplatzes zu bringen. Unterstützung war aber nicht bei allen Parteien erkennbar. Schließlich stellt sich die Frage, welches Spiel wird hier gespielt? Was wusste der Stadtrat, was wusste die CDU und was die FDP über die Sperrung der Umwegung und über den bevorstehenden Verkauf? Welche Vereinbarungen wurden im Vorfeld getroffen? Fragen, die bis heute nicht geklärt werden konnten.

Zu den Hintergründen des Vertragswerkes mit dem Pächter fand schließlich am 8. Januar 2003 eine nicht-öffentliche Sitzung der BVV statt, die mit einem Eklat endete. Mittlerweile wurde das Bieterverfahren zum Poloplatz durch den

Liegenschaftsfonds eröffnet. Die Zeit drängt. Angebote können nur noch bis zum 20. Januar 2003 eingebracht werden.

Wir, die PDS Reinickendorf werden weiterhin den Bürgerverein in Frohnau unterstützen, dessen erstes Ziel es ist, den Verkauf des Poloplatzes zu verhindern. Sollte das nicht möglich sein, bleibt nur noch die Beteiligung am Bieterverfahren durch den Verein. Wie bereits berichtet, beschäftigt sich auch die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus (AH) mit diesem Thema. Bemüht wurden

jedoch nicht nur die Abgeordneten der Fraktion, sondern auch der »Unterausschuss Vermögen« des Hauptausschusses im AH.

Die Uhr läuft — alles ist offen (und geheim)!

Olaf Schwabe

Mehr Infos zum »Prignitzer Appell« unter www.prignitzerappell.de



Winter in Reinickendorf. Foto: Lubina

BVV-Splitter

Der Antrag der PDS, der die Mitglieder BVV auffordert, den »Prignitzer Appell« zu unterzeichnen, stieß auf erbitterten Widerstand, insbesondere bei CDU und FDP. Um einen fruchtlosen ideologischen Schlagabtausch zu vermeiden, soll der Antrag zurückgezogen und durch eine »Persönliche Erklärung« der Einzelverordneten der PDS dem Plenum vorgestellt und zur Unterzeichnung ausgestellt werden.

Eine erstaunliche Erkenntnis hat offensichtlich Stadtrat Wegener (CDU) gewonnen. So gab er während der Beantwortung einer Mündlichen Anfrage zur »Entwicklung der Bewirtschaftungskosten« an, dass die Stromkosten trotz der »Liberalisierung«, sprich Privatisierung, der Versorgungsunternehmen inzwischen wieder ansteigen. Hatte uns die CDU nicht das Gegenteil prognostiziert?

Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde der Antrag durchgesetzt, Jugendstadtrat Senftleben (SPD) solle »weitergehende Maßnahmen« zum Jugendschutz in internet-cafés veranlassen. Offengelassen wurde selbstverständlich die Frage, ob er dafür auch zusätzliche Mittel für seinen Haushalt erhält.

Für eine demokratische Streitkultur

Beispielhaft Persönliche Erklärung

In der November — Sitzung der BVV kam es zu einem von der CDU provozierten Eklat zum Thema bezirkliche internet-cafés von dem wir in unserer letzten Ausgabe berichtet haben. Die Einzelverordnete der PDS, Renate Herranen, gab dazu am 11. Dezember vor der BVV eine Persönliche Erklärung mit der Überschrift »Plädoyer für eine demokratische Streitkultur« ab. Sie führte aus, dass angesichts der Anwesenheit von Reinickendorfer SchülerInnen ein peinliches Gefühl zurück bliebe, wenn in der BVV ein Eindruck von lebendiger parlamentarischer Demokratie vermittelt werden sollte. »Wenn politisches Handeln zur Farce verkommt, wenn Politik, verstanden als gesellschaftliches Ge-

gen- und Zusammenspiel unterschiedlicher, manchmal auch gegensätzlicher Interessen, nur noch zu reinen partei-politischen Machtkämpfen missbraucht wird, wird die Demokratie auf der Strecke bleiben«, so eine wörtliche Passage. Sie distanzierte sich »ausdrücklich von dem Versuch der Fraktion einer Partei, den Stadtrat einer anderen Partei zu diskreditieren, ihn persönlich zu beschädigen«. Politischer Streit und Austausch von Argumenten soll es sein, doch die Würde des Menschen muss unangetastet bleiben. Eine klare und richtige Aussage einer sozialistischen Politikerin zur rechten Zeit!

Jürgen Schimrock

Der vollständige Text der Erklärung ist nachzulesen unter: www.pds-reinickendorf.de/bvv



Müssen wir uns wieder an Kriege gewöhnen?

Evangelische Theologinnen können auf diese Frage nur eine persönliche, keine „gesamtkirchliche“ Meinung äußern, denn einen Papst haben wir nicht! Bestenfalls eine Antwort also, aus der christlich-ethische

und den amerikanischen Aufrufen zum Krieg können wir uns in der Presse recht gut informieren. Auch über die Tatsache, dass die Rüstungsindustrie an den Steuermilliarden schamlos verdient. Das

Wie kann die Kirche über den Frieden verkündigen? Es gibt, sagt Dietrich Bonhoeffer, in der gefallenen Welt ein Recht auf Kampf. Dieses ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Recht auf Krieg. Was können heutige Kriege anderes erwirken, als die Vernichtung aller Kämpfenden? Die Kraft der Vernichtung erstreckt sich ebenso auf den inneren wie auf den äußeren Menschen. Der heutige Krieg vernichtet Seele und Leib.

Das muss ich nicht läsenhaft wiederholen!

Möglicherweise werden wir keinen Krieg verhindern, wohl aber, dass wir uns an seine angebliche Notwendigkeit gewöhnen, denn dann hätte die Kraft der Vernichtung auch uns schon längst erreicht.

Andrea Richter, Pfarrerin in Konradshöhe

Der vollständige Text ist nachzulesen unter:
www.pds-reinickendorf.de

»Es mag Zeiten geben, in denen wir zu machtlos sind, Ungerechtigkeiten vorzubeugen. Aber es darf nie eine Zeit geben, wo wir nicht protestieren.«

Elie Wiesel, Friedensnobelpreisträger

Verantwortlichkeit spricht. Also lasse ich mir die Fragen persönlich, als Christin gestellt sein!

Nein! Ich will mich nicht daran gewöhnen, dass Konflikte vermeintlich nur gewaltsam ausgetragen werden können. Und: ich glaube vor allem nicht daran, dass Kriege Konflikte austragen. Ja, natürlich kenne ich vor allem viele jüdische Stimmen, die in diesen Tagen fragen, wie es denn in Deutschland ohne die Alliierten hätte weitergehen können – damals

1945, wenn da keiner gewesen wäre, dem kaltblütigen Diktator Hitler endlich Einhalt zu gebieten? Aber ich verweigere

schlicht den Vergleich zwischen Nazideutschland damals und der Situation im Irak heute. Ich will diese Art von historischer Vereinnahmung nicht – weder aus den USA, noch anderswoher. Ich argwöhne, dass es heute, in der Frage nach dem Irakkrieg um etwas ganz anderes geht, als darum, einem mörderischen und verbrecherischen »Führer« das

gewöhnen will ich mich ganz und gar nicht, denn Kriege zerstören nicht nur Menschenleben, sondern auch Menschenseelen, und betreffen insofern sowohl die Seite derer, die angegriffen werden, als auch diejenigen, die zum Angriff aufrufen.

Nein, an Kriege

»Krieg ist niemals ein unabwendbares Schicksal und bedeutet immer eine Niederlage für die Menschheit. Politiker müssen Nein zum Krieg sagen, damit nicht ganze Völker oder gar die gesamte Menschheit in einen Abgrund versinkt.«

Papst Johannes Paul II., 14.01.2003

Das macht nachdenklich: Gesetze im Wortlaut

Gewaltverbot

»Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.«

Art. 2 Ziffer 4 der Charta der Vereinten Nationen

der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.«

Art. 26 des Grundgesetzes

»Es gibt keinen Weg zum Frieden. Frieden ist der Weg.«

Mahatma Gandhi

»...dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.«

Zwei-plus-Vier-Vertrag, September 1990

Handwerk zu legen, seine Opfer zu befreien und den Irak zu »demokratisieren«. Über die Zusammenhänge zwischen der irakischen Ölmacht

Verbot des Angriffskrieges

»Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben

Strafbar...

»Wer einen Angriffskrieg (Art. 26 Abs. 1 des GG), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.«

§ 80 Strafgesetzbuch

Draufhauen und nachsetzen!

Vor 35 Jahren Ein Sieg der Apo über die Staatsgewalt

Ein Polizeipräsident, der ausrastet, Schülerinnen und Schüler, die sich spontan auf Schienen setzen, und Stahlarbeiter, die Polizisten vom Wert der Deeskalation überzeugen — und das alles vor 35 Jahren im beschaulichen Bremen. Hat es Sinn, an solch ein Szenario zu erinnern?

Da will einer den Krieg: es geht um Öl und um die Ablenkung von politischer Unfähigkeit. Eine gefährliche Mischung, die uns geradewegs in einen Krieg ziehen kann. Wie dies verhindern? Wie deutlich machen, dass in diesem Land vielleicht gar nichts mehr geht, wenn die Bundesregierung sich der US-Regierung beugt? Ja, es macht Sinn genau in dieser Situation daran zu erinnern, dass gewaltlose Spontaneität die eingespielten Apparate überraschen kann.

Im Rahmen des Borsigwalder Forums (am 18. Februar um 19 Uhr im Roten Laden) kann es heiter werden, wenn Detlef Michelers die Ereignisse des Jahres 1968 noch einmal Revue passieren lässt. Unsere Bezirksbürgermeisterin will die Bundeswehr in das Leben des Bezirkes einbezogen wissen, schreibt einen netten Briefe für die Jubiläumsschrift der Wachkompanie in der Julius-Leber-Kaserne. Wollen wir das auch so - oder ganz anders?

Von Robert Scholz



bei Karl und Rosa: Renate, Gerhard und Olaf

Foto: Marion Lubina

Frieden ist unser aller Gut!

Unter diesem Motto appellierten die PDS-Senator/innen und —Minister/innen in den Landesregierungen Berlin und Mecklenburg-Vorpommern *W. Methling, H. Wolf, M. Linke, H. Knake-Werner, H. Holter und Th. Flierl* an den Bundeskanzler, das deutsche »Nein« zu einem

möglichen Krieg gegen den Irak nicht aufzuweichen. »Selbstverständlich ist für die Außenpolitik der Bund zuständig und soll es auch bleiben... In der Frage Krieg oder Frieden gibt es eine über diesen Grundsatz hinausgehende Verantwortung, der wir gerecht werden wollen.«

Ein deutliches NEIN!

Der Arbeitskreis B96 und B96a in und bei der PDS hat zur Gründung eines »Runden Tisches« im Berliner Norden und dem Kreis Oberhavel gegen den Bush-Krieg im Irak und Anderswo aufgerufen. Das erste Treffen fand am 22. Januar 2003 im Roten Laden statt. Besprochen werden sollen wirksame Möglichkeiten in der Region unser »Nein!« zu Kriegen deutlich zu machen und gemeinsame Aktionen zur bundesweiten Friedensdemonstration am 15. Februar. Ansprechpartner sind Gustav Wöhrmann (033056 - 24 116) und Robert Scholz (030 - 437 326 30, 15-18 Uhr). Wir werden in unserer nächsten Ausgabe über erste Ergebnisse berichten.

Termine

25. Januar 2003 von 14.00 bis 14.15 Uhr »Menschenkette für den Frieden« in Glienicke, Höhe Oranienburger Chaussee/Hauptstr. (wird in Richtung Norden entlang der B96 fortgesetzt)

Am 30. Januar 2003 um 18.30 Uhr findet im Kinosaal der Humboldt-Uni eine Veranstaltung zum Thema »30.1.1933 - 30.1.2003, Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg« statt (VVN/BdA u.a.)

15. Februar 2003 Europaweiter Aktionstag gegen den Krieg; bundesweite Demo in Berlin

12.00 Uhr am Alex und Breitscheidplatz, 14.00 Uhr Brandenburger Tor; Infos: www.achse-des-friedens.de

Richtigstellung

In der Ausgabe 12/02 wurde auf der zweiten Seite Lorenz Weser als stellvertretender Vorsitzender des Jugendparlaments bezeichnet, das ist falsch! Er ist Vertreter der CDU-Fraktion im Beirat. Sorry!

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

»Wir in Reinickendorf«

wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht:

PDS

Reinickendorf,

Berliner

Bank,

BLZ: 100

200 00,

Kontonummer:

4384 816812.

»Roter Laden«

Schloßstraße 22,

13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag

15.00 bis 18.00 Uhr.

Tel.: 4373 2630,

Fax: 4373 2632,

e-mail:

info@pds-

reinickendorf.de

internet: www.pds-reinickendorf.de

